

Zeitschrift: Reihe Kriminologie / Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie =
Collection criminologie / Groupe suisse de travail de criminologie

Herausgeber: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie

Band: 16 (1998)

Artikel: Die Reaktion der Behörden auf Gewalt unter Kindern und Jugendlichen
in der Schule

Autor: Matter, Joy

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1051208>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JOY MATTER

DIE REAKTION DER BEHÖRDEN AUF GEWALT UNTER KINDERN UND JUGENDLICHEN IN DER SCHULE

Als Gemeinderätin der Stadt Bern war es – als Politikerin ist es noch immer – meine Aufgabe und mein Wille, mich für die Lebensqualität und die Entfaltungsmöglichkeiten aller Stadtbewohnerinnen und -bewohner einzusetzen; als Schuldirektorin und langjährige Lehrerin tat ich dies mit besonderem Augenmerk auf die Kinder und Jugendlichen, deren Umfeld und deren schulische und berufliche Ausbildung.

Zwei Jahre nach meinem Amtsantritt bekam ich am 21. November 1991 das erste Telefon im Zusammenhang mit «Gewalt in der Schule»: Ein Vorsteher rief mich an, um mich aus erster Hand darüber zu orientieren, dass die Polizei in die Schule gekommen sei, weil sich unter den Schülern Mitglieder einer Bande befänden, welche Diebstähle in grösserem Umfang ausgeführt hätten oder ausführen liessen. Die Jugendgerichtspräsidentin, der ich gleich nach diesem Anruf telefonierte, war schon im Bilde, sagte, solche Diebstähle, oft begleitet von Vandalismus und Gewaltakten, hätten seit dem Herbst 1991 merklich zugenommen. Das Aktionsfeld habe sich aus dem Freizeitbereich auch in die Schulen verlagert. Gezielte Fragen bei meinen nächsten Schulbesuchen bestätigten ihr Aussage.

Ein paar Beispiele:

- Ein Viertklässler wird in der Pause von den Rädelsführern seiner Klasse zusammengeschlagen, weil er nicht den von ihnen vorgeschriebenen Weg zum Lehrerpult beschritten hat.
- Zwei Siebtklässler zwingen einen Fünftklässler, ihnen die Schuhe zu lecken. Als er dies nicht sofort macht, stechen sie ihm mit Messern in den Rücken.

- In der Berner Innenstadt bedroht eine Gruppe Jugendlicher einen Schüler mit dem Messer. Der Junge muss sein Portemonnaie hergeben; Ausbeute: 5 Franken. Die Eltern haben grösste Mühe, aus ihrem Sohn herauszubekommen, was mit dem Portemonnaie geschehen ist. Er beschwört sie, dem Lehrer nichts zu sagen.

Verbale und körperliche Auseinandersetzungen unter Kindern und Jugendlichen hat es immer gegeben. Was sich aber eindeutig verändert hat, sind die Formen, in denen sich Gewalt ausdrückt, die fehlenden Spielregeln, das immer tiefere Alter der Beteiligten, und vor allem der Abbau der Hemmschwelle, Gewalt einzusetzen. Heute sind Schlägereien in vielen Fällen kein Kräfteressen mehr, sondern das Ziel liegt darin, den anderen fertigzumachen. Es wird gedroht, genötigt, erpresst, Messer und andere Waffen werden eingesetzt, Sachen werden beschädigt und es wird bandenmässig vorgegangen, weil die Clique Kraft und Rückhalt gibt und die Gewalt legitimiert. Sehr häufig sind Mädchen die Opfer.

Wir hören einen Beitrag aus der Regionaljournal-Serie von Walter Müller «Jugend anfangs der 90er Jahre», Feb. 92, Radio DRS 1.

Dieser Beitrag ist exemplarisch, weil einerseits die Jugendlichen anschaulich darlegen, worum es beim Thema «Gewalt in der Schule» gehen kann, und andererseits der Lehrer die wichtigsten, allgemein gültigen Grundsätze aufzeigt:

1. er setzt Grenzen und macht klar, dass er Gewalt weder dulden noch darüber hinwegzusehen bereit ist, und er beweist damit der Klasse, dass Gewalttätige nicht einfach «winner» sind und bleiben,
2. er macht das Thema «öffentlich», indem er die Eltern – auch die fremdsprachigen – einbezieht,

3. er bietet der Klasse eine Alternative an und gestaltet mit ihnen das Klassenzimmer neu,
4. er nimmt das Problem der Jugendlichen ernst und holt bei einer zuständigen Fachstelle Hilfe.

Bei meinen Schulbesuchen wurde mir bald klar, dass sich viele Lehrkräfte – anders als im gehörten Beispiel – hilflos und überfordert fühlten. Getragen vom Wunsch «gute» Lehrerinnen und Lehrer zu sein und ihren pädagogischen Auftrag zu erfüllen, war es für sie schwierig, schon nur sich selber gegenüber zugeben zu müssen, dass in der eigenen Klasse Gewalttätigkeiten vorkamen, die über das übliche Mass hinausgingen. Erst recht schwierig war es dann, wenn sie das Gewaltproblem – weil sie allein keine Lösung fanden und nicht wussten, wo Hilfe zu holen war – im Lehrerzimmer zum Thema machen mussten.

Gewalt hat viele komplexe Ursachen. Ich möchte dazu nur einen Basler Jugendanwalt zitieren, der das Wichtigste knapp formuliert hat: «Noch nie wurde eine heranwachsende Generation mit derart vielen existentiellen Problemen belastet. Ohnmächtig müssen die Jugendlichen zusehen, wie die Umwelt zerstört wird oder wie sich ihre eigenen Familien auseinanderleben. Sie sind ohnmächtig der Situation ausgesetzt, dass sie trotz einer guten Ausbildung keine Arbeit finden. Meist sind es ganz normale Kinder, denen daraus in ihrer Pubertät regelrechte Identitätskrisen erwachsen. Geraten sie unter Druck, wissen sie sich häufig nicht mehr zu helfen.»

Wir dürfen Gewalt unter Kindern und Jugendlichen nicht isoliert betrachten. Die Schule kann die Verantwortung nicht allein tragen. Die Kindergärten und Schulen nehmen die Kinder zu einem Zeitpunkt auf, da ihre Persönlichkeit bereits wesentlich geprägt ist von vorgelebten Verhaltens- (und Rollen-)mustern und übernommenen Wertvorstellungen. Gewalt unter Kindern und Jugendlichen in der

Schule ist bloss ein Segment des Erscheinungsbildes Gewalt in unserer Gesellschaft. Eine präventive und vielfältige Gewalt- (und Sucht-) bekämpfung ist deshalb ein wichtiger Teil unserer gesamten gesellschaftspolitischen Arbeit und sie ist eine Daueraufgabe der Gemeinden, Kantone und des Bundes. Gewalt geht uns alle an.

Welches waren nun die Reaktionen der Behörden auf die Gewaltwelle anfangs der Neunziger Jahre? Ich unterscheide in meinem Referat drei Bereiche: die Ebene Schuldirektion, wo es um die direkte Unterstützung der Schulen und um Vernetzungsarbeit ging, die politische Ebene, wo es mein Anliegen war, Parlament und Bevölkerung für die Problematik zu sensibilisieren und gleichzeitig zu vermeiden, dass aus dem Thema ein parteipolitischer Zankapfel mit gegenseitiger Schuldzuweisung gemacht würde, und die direkte Öffentlichkeitsarbeit.

1 Ebene Schuldirektion

Zwei Monate nach dem erwähnten ersten Telefon lud ich am 21. Januar 1992 alle Fachinstanzen zu einem Gespräch in die Schuldirektion ein. Zu dieser – später Arbeitsgruppe «Gewalt in der Schule» genannten – Runde gehören der Leiter der Kantonalen Erziehungsberatung, die Jugendgerichtspräsidentin und einer ihrer Mitarbeiter, der Chef des Jugenddienstes der Stadtpolizei und die Chefin der Kriminalbeamtinnen der Stadtpolizei der Polizeidirektion der Stadt Bern, eine Vertretung des Städtischen Jugendamtes der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion der Stadt Bern, die Inspektoren der Primar- und Sekundarschulen und der Inspektor der besonderen Klassen, Vertretungen der Primar- und Sekundarschulkommissionen, die Leiter des Schulamtes, des Sportamtes und des Städtischen Gesundheitsdienstes, die Zentralthortleiterin, eine Vertretung der Tagesheime und eine Vertreterin der PLUS Fachstelle für Sucht- und Gesundheitsfragen.

An unserer ersten Sitzung machten wir eine Lagebeurteilung und stellten fest, dass – obschon statistisch nicht erfasst – Gewalttätigkeiten an Schulen zunehmend waren, sich nicht auf ein Quartier festlegen liessen und dass – besonders an den Mittelschulen – auch die selbstzerstörerische Gewalt zunahm: Drogensucht, Depression, Lethargie und vor allem bei den jungen Frauen Brech- und Mager-sucht. Angesichts der häufig festgestellten Ohnmachtsgefühle der Lehrerschaft und des Bedürfnisses der Schulen nach Information beschloss die Arbeitsgruppe, als ersten Schritt ein Merkblatt für die Schulen, Kindergärten und Tagesstätten zu erarbeiten. Dieses kam nach zwei Sitzungen und zusätzlicher Arbeit in einer Untergruppe zustande und konnte den Medien am 26. Mai 1992 vorgestellt werden. Das Echo war riesig und aus der ganzen Schweiz kamen Anfragen um Zusendung des Merkblattes. Wir hatten als erste Behörde das Thema an die Öffentlichkeit getragen.

Im Wissen darum, dass mehr erreicht wird, wenn Gewalt erst gar nicht entstehen kann, beinhaltet das Merkblatt vorab Anregungen zu präventiven Massnahmen und zu Möglichkeiten der Konfliktbewältigung. Die weiteren Seiten enthalten präzise Angaben über die Angebote der verschiedenen Fachstellen und deren Adressen. Der Titel der ersten Auflage lautete der damaligen Wahrnehmung entsprechend «Gewalt nimmt zu», bei der Überarbeitung 1994 änderten wir den Titel zu «Gewalt nicht hinnehmen, sondern ihr entgegentreten».

Dem schon erwähnten Bedürfnis nach Information entsprechend publizierten wir bereits im März 1992 in der Informationszeitschrift der Schuldirektion, die viermal jährlich erscheint, einen ersten kurzen Artikel zum Thema Gewalt in der Schule und einen Hinweis auf unsere Arbeitsgruppe. Die August-Ausgabe widmeten wir dann insgesamt dem Thema «Gewalt in der Schule» und hefteten das Merkblatt ein. Das «Info» erscheint in einer Auflage von 11 000 Exemplaren und geht an die Eltern aller Berner Kinder im Kindergarten- und schulpflichtigen Alter sowie an alle Kindergärtnerinnen und

Lehrkräfte in der Stadt Bern: unser Merkblatt konnte auf diesem Weg sehr breit gestreut werden.

Wohl wissend, dass eine Schwalbe noch keinen Frühling macht und ein Merkblatt wohl eine Hilfestellung ist, aber allein nicht genügen kann, wurde die Arbeitsgruppe auch bei der nächsthöheren politischen Ebene, der kantonalen Erziehungsdirektion, vorstellig mit zwei dringenden Bitten: Erstens der Erziehungsberatung einen personellen Ausbau zu gewähren, da diese mit den vermehrten Beratungen und ihrer Kriseninterventions-Arbeit in den Schulklassen überlastet war und zweitens das Programmangebot der kantonalen Lehrerinnen und Lehrer Fortbildung um Kurse, die sich mit dem Thema Gewalt befassen, zu erweitern mit dem Ziel, den Lehrkräften «Hilfe zur Selbsthilfe» zu bieten.

Der nächste Schritt unserer Arbeitsgruppe auf dem Weg aus dem Tabu ein Thema zu machen, war eine Veranstaltung in der grössten Aula der Stadt, am 25. August 1992, zu der wir die Präsidentinnen und Präsidenten aller Kindergarten-, Volksschul-, Gymnasiums- und Berufsschulkommissionen, die Schulleiterinnen und -leiter der erwähnten Schulen und die Vertreterinnen der städtischen Kindergärtnerinnen einluden. Alle auf dem Merkblatt genannten Institutionen stellten sich und ihre Angebote an dieser Veranstaltung vor.

Ein weiteres Problem, dem sich unsere Arbeitsgruppe stellen musste, war der – wiederum damals statistisch noch nicht erhärtete – relativ hohe Anteil von Ausländerkindern unter den gewalttätigen Schülern. Diese waren entweder Kinder der zweiten Ausländergeneration oder Jugendliche aus Kriegs- oder Krisengebieten. Letztere hatten aufgrund ihrer bisherigen Lebenserfahrung, die von Krieg, Hass, Verlust, Leid, dem Zusammenbruch der moralischen Orientierungen und dem Zerfall der gesellschaftlichen Ordnung geprägt waren, ein anderes Verhältnis zu Gewalt als Gleichaltrige in der Schweiz. Beiden Gruppen von ausländischen Kindern und Jugendlichen gemeinsam war und ist der Mangel an Anerkennung und an Erfolgserleb-

nissen in der Schule aufgrund ihrer fehlenden oder mangelhaften Sprachkenntnisse und ihre geringen Aussichten auf einen guten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Die Probleme, die diese Jugendlichen haben oder machen, sind nicht mit verstärkter Ausgrenzung und Diskrimination zu lösen. Es ist unsere Aufgabe und es muss auch unser Anliegen sein, sie besser zu integrieren und zu betreuen und – sofern vorhanden und möglich – ihre Eltern in den Prozess einzubeziehen. Als Präsidentin der Städtischen Kommission für Ausländerfragen war ich in der glücklichen Lage, das Thema bald an einer Sitzung traktandieren zu können und am 11. September 1992 orientierten der Leiter der Kantonalen Erziehungsberatung und die Jugendgerichtspräsidentin die Kommission über die Gewaltproblematik an den Berner Schulen. Ich hoffte über die Kommissionsmitglieder möglichst viele ausländische Eltern zu erreichen und auf die Problematik aufmerksam zu machen. Das Merkblatt hatten wir zuvor auf italienisch, türkisch, serbisch und kroatisch übersetzen lassen.

An der Fachtagung der Schweizerischen Schuldirektorinnen und -direktoren informierte ich im Herbst 1992 meine Kolleginnen und Kollegen über unsere Massnahmen.

Die Arbeitsgruppe «Gewalt in der Schule» kam im Jahr 1992 zu sechs Sitzungen zusammen: das heisst, dass sechs Mal etwa zwanzig Fachleute in leitenden Stellungen und Expertinnen und Experten zusammenkamen, um gemeinsam über präventive Massnahmen und über mögliche Hilfestellungen für Lehrerschaft und Eltern zu beraten sowie ihre Arbeit zu vernetzen. Ich möchte den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für ihr grosses Engagement in einer Zeit, da jedes Amt und jede Fachstelle selber besonders gefordert waren, auch an dieser Stelle herzlichst danken.

Seit dem Jahr 1993 kommt die Arbeitsgruppe halbjährlich zusammen, tauscht weiterhin Erfahrungen aus, bespricht Gewaltsituationen und sucht mögliche Lösungen. Jeweils im November jedes Jahres führt das Schulamt bei allen Berner Schulen eine Umfrage durch

zur Gewaltentwicklung. Die Antworten der Schulleiterinnen und -leiter geben der Arbeitsgruppe zusätzliche Hinweise, wo Hilfe und Beratung angeboten werden muss.

2 Die politische Ebene

Die Medien stürzten sich ab Herbst 1991 geradezu auf das Thema «Gewalt in der Schule» und im Jahr 1992 galt ein Teil meines Einsatzes in diesem Bereich dem Anliegen aufzuzeigen, dass sich Gewalt nicht auf ein Schulhaus, eine Schulstufe oder ein Quartier festlegen liess, um zu verhindern, dass aus dem Thema ein parteipolitischer Reisser wurde.

Ich setzte schon am 4. Mai 1992 Gewalt auf die Traktandenliste für das Gespräch mit der Geschäftsprüfungskommission des Stadtrates anlässlich ihres jährlichen Kontrollbesuches. Der Leiter des Schulamtes informierte ausführlich über das Thema und die Massnahmen der Schuldirektion und der Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Lehrerschaft, der Eltern und weiterer Erziehender.

Es war eine willkommene Gelegenheit für uns, die Politikerinnen und Politiker darauf hinzuweisen, dass weder das Drogen- noch das Gewaltproblem von der Schule allein gelöst werden können, sondern dass die Bekämpfung von Gewalt und ihrer Ursachen eine Aufgabe ist, die – neben der Schule – alle gesellschaftspolitischen Bereiche betrifft: die Familie, die Freizeit, die Wohnsituation, die Gestaltung des Umfeldes, den Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, die Integration der fremdsprachigen Kinder und Jugendlichen und die Gesundheit im weitesten Sinne. Solche Überzeugungsarbeit der Verwaltung bei den Politikerinnen und Politikern ist wichtig und nötig, damit diese in den entscheidungskompetenten Organen die nötigen Mittel freisetzen und die Zusammenhänge und Wechselwirkungen aufzeigen, welche Gewalt entstehen lassen.

Ich war sehr glücklich, als der Stadtrat im August des gleichen Jahres einem Kredit von 2,35 Mio. Franken für verschiedenste Massnahmen zur Suchtprophylaxe zustimmte, die alle zugleich auch gewalthemmende Massnahmen darstellten. Der Kredit unterlag dem fakultativen Referendum, das aber nicht ergriffen wurde. Eine der zehn Massnahmen beinhaltete den Aufbau von Gesundheitsteams an den Berner Schulen, denen Lehrkräfte und externe Fachleute angehören. Diese Teams können innerhalb der Schule bei schwierigen Situationen als Anlaufstelle dienen und erste Hilfestellungen bieten – was sie, wie viele Rückmeldungen zeigen – auch tun.

Der erste politische Vorstoss wurde am 19. November 1992 eingereicht (Motion Barbara Geiser SP). Darin wurde nach den Ursachen von Gewalt an Schulen und Kindergärten gefragt und nach möglichen Massnahmen. Der Stadtrat überwies die Motion als Postulat und der Postulatsbericht gab dem Gemeinderat die Möglichkeit, dem Stadtrat die Bemühungen und Schritte der Schuldirektion und der interdirektionalen Arbeitsgruppe ausführlich darzulegen.

Den zweiten Vorstoss nahm der Stadtrat am 15. August 1996 entgegen. Die Interpellation von Bernhard Hess SD befasste sich vor allem mit der Problematik der Jugendlichen aus Ex-Jugoslawien und fragte unter anderem, ob der Gemeinderat bereit sei, «auch ausländische Delinquenten nicht mit Samthandschuhen anzufassen». Die Antwort des Gemeinderates auf diese Frage lautete: «Massnahmen und Verfahren gegen jugendliche Delinquenten werden unabhängig von deren Herkunft im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und Möglichkeiten durchgeführt.»

3 Die direkte Öffentlichkeitsarbeit

Zu dieser Ebene ist nicht mehr viel zu sagen ausser der Binsenwahrheit, dass Politikerinnen und Politiker über die Medien die beste Möglichkeit haben, ihre Haltung zu einem Thema kundzutun und

damit entweder ein Problem anzuheizen oder durch das Aufzeigen ergriffener Massnahmen zu versachlichen. Ich bin dankbar, dass ich unseren Standpunkt «Gewalt nicht hinnehmen, sondern ihr entgegenzutreten!» immer wieder am Radio, im Fernsehen, in Interviews und auch an Veranstaltungen erläutern konnte.

Ich komme zum Schluss. In meinen Ausführungen habe ich Ihnen zu zeigen versucht, welche Aufgabe sich der Behörde stellte, als sie mit der anfangs der Neunziger Jahre anrollenden Gewaltwelle konfrontiert war. Das Wichtigste war sicher die Schaffung einer überdirektionalen Arbeitsgruppe zur Vernetzung aller im Gewaltbereich zuständigen Fachstellen und Verwaltungsdirektionen, die rasche Erarbeitung des Merkblattes als Hilfsmittel für die verunsicherte Lehrerschaft, die Informationen an die Eltern und deren Mitarbeit in den Schulen, die frühe Orientierung der Politikerinnen und Politiker und die offene Medienarbeit.

Die Stadt Bern hat viele Grundlagen gelegt, die mithelfen können, Gewalt gezielt zu bekämpfen. Nebst den erwähnten Massnahmen zählen dazu auch der Ausbau des Angebots der familienergänzenden Kinderbetreuung, niederschwellige sportliche und kulturelle Freizeitangebote, die Konkretisierung und Umsetzung des Leitbildes für eine Integrationspolitik der Stadt Bern, der Erlass sozialplanerischer Leitlinien und das Stadtentwicklungskonzept.

Auf die Frage, ob unsere behördliche Arbeit nutzbringend war, bleibe ich die Antwort schuldig. Präventive, unterstützende Massnahmen sind nie mess- und deshalb – besonders in finanziell schwierigen Zeiten – politisch oft schwer durchsetzbar. Ich denke aber doch, dass unsere vielfältigen Bemühungen zu einer Beruhigung und zu einer Verbesserung des Schulklimas beigetragen haben.

Die letzte Umfrage an den Berner Schulen im November 1997 zeigte auf, dass insgesamt die körperliche Gewalt nicht zugenommen hat, dass die Lehrkräfte aber eine Verrohung der Sprache und eine

Zunahme der verbalen Gewalt feststellen, und dass Sachbeschädigungen weiterhin ein Thema sind.

Professor Manuel Eisner schloss seinen sehr differenzierten und differenzierenden Artikel «Warum die Jugendkriminalität stark zunimmt» in der NZZ vom letzten Samstag (7./8. März 1998) mit dem von mir voll und ganz unterstützten Aufruf: «Eine aktive Integrationspolitik wäre daher notwendiger denn je – nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der hier skizzierten Probleme im Bereich der Jugendkriminalität.» Zur Realisierung dieser Aufforderung braucht es zweierlei: den politischen Willen und das Bereitstellen finanzieller Mittel. Der Nationalrat wird heute Farbe bekennen müssen: er stimmt heute morgen über die Verankerung des Integrationsartikel im Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) ab, einem ausserordentlich wichtigen Artikel, ist doch die Integration der Ausländerinnen und Ausländer – ein Fünftel unserer Wohnbevölkerung – eine gesellschafts- und staatspolitische Aufgabe, die Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam zu bewältigen haben.

Gewalt in all ihren möglichen Erscheinungsformen darf und soll nicht einfach hingenommen werden. Wir müssen ihr mit allen Mitteln gezielt und entschlossen entgegentreten und wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die möglichst wenig Gewalt zulassen. «Wir», das sind auch Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, und das bin ich. Das sind wir alle, denn Gewalt geht uns alle an.

Ich schliesse mit dem Zitat eines 12jährigen Primarschülers: «Mein Traumschulhaus wäre mit grosser Wiese und vielen Blumen und einem sehr sauberen Platz. Alles sehr gepflegt und es müsste nicht immer so viel Streit sein auf dem Pausenplatz und in den Schulzimmern. Es müsste ein Schulhaus sein, in dem man lernen könnte und es miteinander sehr lustig haben könnte. Und die älteren Schüler müssten auch Sorge tragen zu den jüngeren und ihnen zeigen, wie man sich aufführen muss».

